

Stadt-, Markt-, Gemeindeamt/Magistrat

Fortl. Zl.

am 2024

Es erscheint die unterzeichnete Unionsbürgerin oder der unterzeichnete Unionsbürger und gibt an: ¹⁾
Ich stelle gemäß § 16 der Europawahlordnung - EuWO, BGBl. Nr. 117/1996 in der geltenden Fassung, einen

Berichtigungsantrag

gegen das Wählerverzeichnis der Gemeinde

und begehre die Aufnahme Streichung der nachstehend angeführten Person in das aus dem Wählerverzeichnis

(des Wahlsprengels) ²⁾

Vorname, Familienname:

Geboren am:

Hauptwohnsitz (am):

Begründung:

An Dokumenten lege ich bei: ³⁾

Antragstellerin oder Antragsteller:

Vor mir: ¹⁾
(Vorname, Familienname der Bediensteten oder des Bediensteten)

.....
(Vorname, Familienname in Blockschrift)

.....
(Wohnadresse)

.....
(Unterschrift der Bediensteten oder des Bediensteten) ¹⁾

.....
(Unterschrift)

¹⁾ Zu streichen, wenn der Berichtigungsantrag schriftlich erfolgt.

²⁾ Nach Möglichkeit ausfüllen, wenn die Gemeinde in Wahlsprengel eingeteilt ist.

³⁾ Bei Aufnahmebegehren ist –neben anderen zur Begründung notwendigen Belegen– ein von einer vermeintlich wahlberechtigten Person ausgefülltes Europa-Wähleranlageblatt anzuschließen.

Aktenvermerk

nur wenn Streichung beantragt!

Die Person, gegen deren Aufnahme in das Wählerverzeichnis ein Berichtigungsantrag erhoben wurde, wurde mit Form. 1 innerhalb von 24 Stunden verständigt.

.....
(Datum)

.....
(Unterschrift)

Der Gemeindegewahlbehörde zur Entscheidung binnen sechs Tagen, nach Ende des Einsichtszeitraumes!

Antrag

- Aufzunehmen!
- Berichtigungsantrag ist abzuweisen!
- Zu streichen!

..... **Beilagen**

.....
(Datum)

.....
(Unterschrift)

Entscheidung der Gemeindegewahlbehörde vom

- Aufzunehmen!
- Berichtigungsantrag ist abzuweisen!
- Zu streichen!

Der Gemeinde samt Beilagen zur weiteren Veranlassung.

Die Gemeindegewahlleiterin/Der Gemeindegewahlleiter

.....
(Datum)

.....
(Unterschrift)

Vermerk der Wahlkanzlei:

Im Wählerverzeichnis eingetragen gestrichen unter fortl. Nr. 1.
(Wahlsprenzel Nr.)

2.

Antragstellerin oder Antragsteller mit Form. 2, betroffene Person mit Form. 3 verständigt.

.....
(Datum)

.....
(Unterschrift)

Form. 1 (Verständigung über das Berichtigungsverfahren)

....., am 2024

P. T.

Sie werden hiermit gemäß § 17 Abs. 1 der Europawahlordnung verständigt, dass gegen Ihre Eintragung in das Wählerverzeichnis (Wahlsprenzel Nr.) ein Berichtigungsantrag gestellt wird.

Gründe:

.....
.....

Es steht Ihnen frei, binnen 4 Tagen nach Zustellung dieser Verständigung schriftlich oder mündlich (nicht telefonisch) Einwendungen bei der Gemeindewahlbehörde vorzubringen. Über den Berichtigungsantrag wird von der Gemeindewahlbehörde entschieden werden, auch wenn in dieser Frist eine Äußerung von Ihnen nicht einlangt.

.....
Die Bürgermeisterin/Der Bürgermeister,
Für die Bürgermeisterin/Für den Bürgermeister

Form. 2 (Mitteilung an die Antragstellerin oder den Antragsteller)

....., am 2024

P. T.

Aufgrund Ihres Berichtigungsantrages werden Sie hiermit gemäß § 18 Abs. 2 der Europawahlordnung verständigt, dass

wohnhaft in

in das Wählerverzeichnis (Wahlsprenzel Nr.) eingetragen nicht eingetragen
 aus dem gestrichen nicht gestrichen worden ist.

Gegen die Entscheidung können Sie gemäß § 20 Abs. 1 der Europawahlordnung binnen 4 Tagen nach Zustellung dieser Verständigung schriftlich eine Beschwerde bei der Gemeinde einbringen. Die Beschwerde muss innerhalb dieser Frist einlangen.

..... Beilagen folgen zurück.

.....
Die Bürgermeisterin/Der Bürgermeister,
Für die Bürgermeisterin/Für den Bürgermeister

Form. 3 (Mitteilung an betroffene Person)

....., am 2024

P. T.

Sie werden hiermit gemäß § 18 Abs. 2 der Europawahlordnung verständigt, dass die Gemeindewahlbehörde über den betreffend Ihre Eintragung in das Wählerverzeichnis gestellten Berichtigungsantrag entschieden und verfügt hat, dass Sie

in das Wählerverzeichnis (Wahlsprenzel Nr.) einzutragen nicht einzutragen
 aus dem zu streichen nicht zu streichen sind.

Gegen die Entscheidung können Sie gemäß § 20 Abs. 1 der Europawahlordnung binnen 4 Tagen nach Zustellung dieser Verständigung schriftlich eine Beschwerde bei der Gemeinde einbringen. Die Beschwerde muss innerhalb der genannten Frist einlangen.

.....
Die Bürgermeisterin/Der Bürgermeister,
Für die Bürgermeisterin/Für den Bürgermeister

Form. 1 (Verständigung über das Berichtigungsverfahren)

Fortl. Zl.

Gemeinde:

.....
.....
.....

Form. 2 (Mitteilung an Antragstellerin oder Antragsteller)

Fortl. Zl.

Gemeinde:

.....
.....
.....

Form. 3 (Mitteilung an betroffene Person)

Fortl. Zl.

Gemeinde:

.....
.....
.....